



## Niederschrift 30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 15.11.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze DIE LINKE Sitzungsleitung

#### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel DIE LINKE  
Frau Solveig Sudhoff DIE LINKE  
Frau Heike Judacz SPD  
Frau Dr. Brigitte Lotz Bündnis 90/Die Grünen  
Frau Jutta Busch BürgerBündnis  
Herr Wolfgang Rose Die Andere

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Ralf Otto SPD  
Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU/ANW  
Herr Wolfgang Cornelius Potsdamer Demokraten

#### sachkundige Einwohner

Frau Maria von Pawelsz-Wolf CDU/ANW  
Frau Angela Basekow SPD  
Herr Ronny Besancon DIE LINKE  
Herr Wolfgang Günther SPD  
Herr Jörg Jutzi DIE LINKE  
Herr Björn Karl FDP  
Frau Julia Laabs Die Andere  
Herr Matthias Lack DIE LINKE  
Herr Wolfgang Puschmann Seniorenbeirat  
Herr Jan-Peter Schmarje Behindertenbeirat

#### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger Beigeordnete Soziales,  
Jugend, Gesundheit

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Klara Geywitz SPD entschuldigt  
Frau Christina Wolf SPD entschuldigt  
Frau Maike Dencker CDU/ANW entschuldigt  
Herr Peter Schultheiß Potsdamer Demokraten entschuldigt

## **sachkundige Einwohner**

Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt

## **Gäste:**

Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Frau Martina Trauth-Koschnick	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Magdolna Grasnack	Beauftragte für Migration und Integration
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.10.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt  
Vorlage: 11/SVV/0806  
Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte
- 4.2 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum  
Vorlage: 11/SVV/0712  
Fraktion Die Andere
- 4.3 Therapiezentrum für Bundeswehrsoldaten  
Vorlage: 11/SVV/0714  
Fraktion Die Andere
- 5 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

Frau Schulze begrüßt die neuen Ausschussmitglieder, Herrn Rose, der die Fraktion Die Andere als stimmberechtigtes Mitglied vertritt sowie Herrn Lack, der die Fraktion DIE LINKE als sachkundiger Einwohner vertritt.

Herr Lack und Herr Rose stellen sich dem Ausschuss vor.

**zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.10.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

**Bestätigung der Niederschrift vom 25.10.2011**

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 4

*Der Niederschrift wird zugestimmt.*

**Bestätigung der Tagesordnung:**

Da es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Der Tagesordnung wird zugestimmt.*

**zu 2 Informationen der Verwaltung**

**Potsdamer Tafel**

Müller-Preinesberger informiert, dass an ihrem Tisch ein Gespräch mit dem Investor und der Potsdamer Tafel stattgefunden hat. In dem Gespräch wurde vereinbart, dass vorerst Stillschweigen bewahrt werden sollte. Frau Müller-Preinesberger sagt zu, den Ausschuss zu informieren, sobald konkrete Aussagen vorliegen.

**Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket**

Frau Latacz- Blume informiert, dass bisher 2.011 Anträge auf 6.099 Leistungen eingegangen sind. Ausgehend von ca. 5.200 Leistungsberechtigten entspricht das einer Quote von ca. 58 %.

Bisher wurden 476.258,76 Euro zur Zahlung angewiesen. 67 Anträge wurden bisher abgelehnt. Es sind sieben Widersprüche eingegangen, von denen drei noch in Bearbeitung sind, ein Widerspruch wurde zurückgewiesen und in drei Fällen konnte abgeholfen werden.

## **Funktionaler Analphabetismus**

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass das in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales verabredete Schreiben an das zuständige Ministerium von Frau Dr. Lotz als stellvertretende Ausschussvorsitzende und ihr unterschrieben wurde und am 16.11.2011 versendet wird.

Das Schreiben wird allen Ausschussmitgliedern als Anlage zum Protokoll zur Kenntnis gegeben.

## **Vorkehrungen für die kalte Jahreszeit**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass in der kalten Jahreszeit die Zusammenarbeit mit AWO und Volkssolidarität wie in den Vorjahren erfolgen wird.

Mit der AWO besteht Einvernehmen darüber, dass an den kalten Tagen des bevorstehenden Winters niemand abgewiesen wird. Ein Kältebus wird nicht eingesetzt, da von allen Beteiligten, auch in Auswertung der Erfahrungen aus dem letzten Winter, derzeit kein Bedarf gesehen wird.

Das Soziale Zentrum der Volkssolidarität wird mit den Öffnungszeiten der Suppenküche entsprechend reagieren.

Eine entsprechende Pressemitteilung wird herausgegeben.

## **zu 3      Berichte aus den Beiräten**

Frau Schulze bittet die Mitglieder der Beiräte, zukünftig vorab Information an Frau Spyra zu senden, um diese zusammenzustellen und den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage zur Verfügung stellen zu können.

### **Behindertenbeirat**

Herr Schmarje informiert, dass am 03.11.2011 eine durch die AG „Barcelona“ organisierte gemeinsame Begehung des Bahnhofsvorplatzes mit Vertretern mehrerer Behindertengruppen und des Bahnkundenverbandes stattgefunden hat. Es wurden gemeinsam alle Punkte auf die Belange der Behinderten überprüft und an einigen Stellen ergänzt.

Des Weiteren teilt er mit, dass am 17.11.2011, 17:00 Uhr die nächste öffentliche Beratung des Behindertenbeirates im Haus der Begegnung stattfindet.

### **Seniorenbeirat**

Herr Puschmann informiert, dass am 03.11.2011 die Regionalkonferenz Brandenburg stattfand, an der auch Vertreter des Seniorenbeirates teilgenommen haben. Wie bereits berichtet, hatte der Seniorenbeirat einen Fragenkatalog entwickelt.

Des Weiteren teilt er mit, dass am 15.11.2011 ein Arbeitsgespräch des Seniorenbeirates mit dem Oberbürgermeister stattfand. Zu dem Gespräch wurde dem Oberbürgermeister ein Fragenkatalog übergeben.

Herr Puschmann weist darauf hin, dass ab dem 16.11.2011 die 13. Folge des Heftes „Zeitzeugen“ käuflich für 1,- Euro zu erwerben ist. Damit kann die Stiftung Altenhilfe älteren in Not geratenen Menschen helfen.

Abschließend berichtet Herr Puschmann, dass die 19. Brandenburgische Seniorenwoche unter dem Motto „Alt werden in Brandenburg - Aktiv, Selbstbestimmt, Solidarisch“ durchgeführt wird.

## zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### zu 4.1 **Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt** **Vorlage: 11/SVV/0806**

Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

Frau Trauth-Koschnick stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt vor. Sie geht dabei auf die einzelnen Aufgabenfelder ein und weist auf die Internetseite und den Flyer sowie auf Veranstaltungen hin. Anschließend stellt sie Jahresziele vor.

Frau von Pawlsz-Wolf fragt, wie die finanzielle Förderung in Höhe von 13.200 Euro konkret erfolgt.

Frau Trauth-Koschnick erklärt, dass es sich hierbei um Anteilsförderung von kleineren Projekten handelt.

Frau Dr. Lotz spricht sich lobend über den Bericht aus und dankt dafür.

Frau Laabs spricht den Begriff Chancengleichheit an und macht deutlich, „Gerechtigkeit“ vielleicht angebrachter wäre.

Frau Trauth-Koschnick macht deutlich, dass Gerechtigkeit möglicherweise der bessere Ausdruck wäre. Der Name des Büros so aber sehr bekannt geworden ist.

Herr Cornelius fragt, ob es auch Sponsoringbeiträge von Firmen gibt, die sich hier profilieren wollen.

Frau Trauth-Koschnick erklärt, dass es Aufgabe der Antragsteller ist, sich um weitere Förderungen zu bemühen. Hierbei handelt es sich um Unterstützungsmittel für konkrete Projekte.

Herr Schmarje ergänzt, dass es z.B. für das Straßenfest für Menschen mit Behinderung immer auch Sponsoring gibt.

Frau Schulze bittet Frau Trauth-Koschnick, den Bericht zukünftig möglichst im ersten Quartal des Folgejahres zu geben, um relativ zeitnah die Informationen zu erhalten und ggf. bei kritischen Punkten gegensteuern und nach Lösungen suchen zu können. Sie empfindet den Bericht als „zu nett“ und wünscht sich ein stärkeres Augenmerk auf Anliegen, die Schwerpunkte für die künftige Arbeit des Büros darstellen.

Sie verweist auf die Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger (Seite 3) und fragt, wie viele Kontakte es gab.

Frau Trauth-Koschnick erklärt, dass es ständig Kontakte zu Bürgerinnen und Bürgern gibt und dies zum Tagesgeschäft gehört. Sie macht deutlich, dass sie aber auch Anlaufstelle für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung ist. Eine Statistik wird hierüber nicht geführt.

Frau Schulze bittet um Beispiele zum Beitritt der Charta der Vielfalt.

Frau Grasnick weist darauf hin, dass dies z.B. bei Stellenausschreibungen und Ausschreibungen für Azubi-Stellen Berücksichtigung findet.

Frau Schulze weist auf die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Gesundheit und Migration“ auf Landesebene (Seite 16) hin und fragt, wo die Empfehlungen des Landesintegrationsbeirates nachgelesen werden können.

Frau Grasnick erklärt, dass diese Frage durch die Amtsärztin Frau Linke beantwortet werden könne. Sie sichert Frau Schulze zu, ihr die entsprechenden Unterlagen zukommen zu lassen.

Frau Sudhoff fragt, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung tätig sind.

Frau Grasnick antwortet, dass ca. 17 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen laut Selbstauskunft Migrationshintergrund haben.

Herr Puschmann hat festgestellt, dass die Gruppe der Senioren im Bericht nicht dargestellt ist.

Frau Trauth-Koschnick erklärt, dass die älteren Menschen unter den Gesichtspunkten der spezifischen Bedürfnisse betrachtet sind. Dies ist aber ein wichtiger Aspekt und wird in der weiteren Arbeit berücksichtigt. Abschließend weist Frau Trauth-Koschnick darauf hin, dass am 25.11.2011, 11:00 Uhr vor dem Stadthaus die Fahne „Gegen Gewalt an Frauen“ gehisst wird.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

#### **zu 4.2      **Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum****

**Vorlage: 11/SVV/0712**

Fraktion Die Andere

Herr Rose bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Günther ergänzt, dass die Erstattung der Krankenkassen genau dem entspricht, was das Klinikum an Auszubildendenvergütung zahlt. Er weist darauf hin, dass es sich bei der Problemlage Auszubildendenvergütung im Klinikum „Ernst von Bergmann“ nicht um tarifvertragliche Verhandlungen handelt, sondern um eine Frage der Kontrolle des Aufsichtsrats, weshalb die Geschäftsführung nicht die Rahmenvereinbarung gemäß § 17 a Abs. 2 Nr. 1 KHG zwischen dem GKV-Spitzenverband und dem Verband der privaten Krankenversicherungen gemeinsam und einheitlich sowie der Deutschen Krankenhausgesellschaft ausfüllt, wonach im Ergebnis eine Erstattung der Kosten für Ausbildung (hinsichtlich Vergütung bis zur Höhe des TVöD-A) sowie die Kosten für Praxisanleitung sowohl für das Berufsbild Krankenpflege als auch die übrigen am Klinikum „Ernst von Bergmann“ vertretenen Gesundheitsausbildungsberufe im Sinne des BBiG erstattet verlangen kann, womit zumindest eine Auszubildendenvergütung gesichert wäre, die nicht als sittenwidrig anzusehen ist (vgl. Urteil des BAG vom 19.02.2008 -Az.: 9 AZR 1091/06) - und mithin dem Ansehen des Klinikum „Ernst von Bergmann“ als kommunal getragene Einrichtung abträglich (denn eine summarische Gegenüberstellung ergibt, dass die vom Klinikum „Ernst von Bergmann“ vereinbarte Auszubildendenvergütung lediglich ca. 76,6 % des TVöD A beträgt).

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass laut Aussagen der Geschäftsführung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ sämtliche Beträge, die die Krankenkassen für die Auszubildendenvergütung erstatten, an die Auszubildenden weiterleitet. Sie weist darauf hin, dass das Klinikum und seine Tochtergesellschaften in

verschiedensten Fachrichtungen ausbildet. Das Klinikum hat keine Probleme, die Stellen für Auszubildende zu besetzen.

Herr Jutzi macht darauf aufmerksam, dass es sich hier um ein arbeitsrechtliches Problem handelt, für das der Ausschuss für Gesundheit und Soziales nicht zuständig ist.

Herr Günther macht deutlich, dass es sich hier nicht um ein arbeitsrechtliches Problem handelt, sondern um ein Problem der Geschäftsführung, auf das der Aufsichtsrat durchaus Einfluss nehmen sollte.

Frau Schulze fragt, ob hierzu fachlich kompetente Partner eingeladen werden sollen.

Herr Besancon schlägt vor, Vertreter von ver.di, der Geschäftsführung des Klinikums sowie des Landeskrankenkassenverbandes einzuladen.

Frau Müller-Preinesberger erinnert daran, dass es bereits eine umfassende Diskussion zur tarifgerechten Bezahlung im Klinikum „Ernst von Bergmann“ gab. Es sollte gesehen werden, wo die Kompetenzen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales liegen. Aus ihrer Sicht können im Ausschuss keine Tarifdiskussionen geführt werden.

Herr Günther teilt mit, dass Herr Litschke sich bereits bereit erklärt hat, für die Gewerkschaft ver.di zu diesem Thema an einer Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales teilzunehmen.

Frau Sudhoff regt an, auch die Auszubildendenvertretung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ einzuladen, wenn es diese gibt.

Herr Rose spricht sich dafür aus, den Ausschuss über die Möglichkeiten zu informieren.

Frau Dr. Lotz spricht sich für die Aufklärung der Situation aus.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Zurückstellung des Antrages bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

*Somit wird der Antrag vertagt.*

Es wird vereinbart, dass zur nächsten Sitzung (voraussichtlich im Januar 2012) folgende Vertreter eingeladen werden:

- Vertreter/in von ver.di
- Vertreter/in der Geschäftsführung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ gGmbH
- Vertreter/in des Landeskrankenkassenverbandes
- Vertreter/in der Auszubildendenvertretung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ gGmbH

### zu 4.3 Therapiezentrum für Bundeswehrsoldaten

**Vorlage: 11/SVV/0714**

Fraktion Die Andere

Herr Rose bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Dünn weist darauf hin, dass es diesbezüglich ein massives Problem gibt. Macht aber darauf aufmerksam, dass es für die Bundeswehr die entsprechenden Krankenhäuser gibt. Er sieht für Potsdam kein spezifisches Problem, da es in Berlin ein Bundeswehrkrankenhaus gibt.

Frau Dr. Herzel findet das Thema sehr wichtig, macht aber deutlich, dass es solche Störungen in anderen Bereichen wie z.B. im Sport auch gibt.

Sie fragt, wie viele solcher Therapiezentren es im Land Brandenburg gibt und ob jede beliebige Klinik diesen Zweig aufbauen kann. Weiter fragt sie, wie viele Betroffene es im Land Brandenburg gibt.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass mit dem Antrag das Problem in Bezug auf die Betroffene, die sich nicht melden, nicht geregelt wird. Sie hat sich aufgrund des vorliegenden Antrages mit Oberst Arendt in Verbindung gesetzt. Dieser hat deutlich gemacht, dass es derzeit keinen derartigen Bedarf gibt. Es wurde aber auch verabredet, dass, wenn dieser Bedarf besteht, durch das Klinikum „Ernst von Bergmann“ entsprechende Angebote gemacht werden.

Herr Karl weist darauf hin, dass es bei der Bundeswehr ein Problem gibt, da sich viele aus Angst vor Stigmatisierung nicht melden. Er informiert, dass die Bundeswehr nicht nur die eigenen Krankenhäuser hat, sondern auch mit anderen Krankenhäusern kooperiert.

Frau Dr. Lotz betont, dass eine posttraumatische Belastungsstörung auch bei privaten Personen, die ein schlimmes Erlebnis hatten, auftreten kann. In diesem Fall ist immer eine Versorgung nötig. Die Betroffenen müssen dort behandelt werden, wo eine optimale Behandlung möglich ist. Sie spricht sich gegen den Antrag aus.

Frau Schulze weist auf die freie Arztwahl in der Bundesrepublik Deutschland hin.

Herr Rose macht deutlich, dass Ziel des Antrages ist, ein Kompetenzzentrum zu schaffen.

Herr Dünn bringt seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass im Ausschuss für Gesundheit und Soziales Anträge behandelt werden, die allgemeinpolitisch sind und hier nicht geklärt werden können.

#### **Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam im Klinikum „Ernst von Bergmann“ werden angewiesen, die Einrichtung einer auf posttraumatische Belastungsstörungen spezialisierten Therapieeinrichtung für ehemalige Bundeswehrsoldaten am jetzigen Standort „In der Aue“ oder anderen geeigneten Standorten in der Stadt zu prüfen.

Zur Finanzierung der Einrichtung sind Verhandlungen mit der Bundeswehr mit dem Ziel einer vollständigen Kostenübernahme nach dem Verursacherprinzip aufzunehmen.



Die Stadtverordnetenversammlung ist ab Juni 2012 mindestens halbjährlich über den Sachstand zu unterrichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

**zu 5 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine**

Frau Schulze informiert, dass am 25. und 26.11.2011 von 12:00 Uhr bis 18:00 Uhr der Weihnachtsmarkt der DRK-Behindertenwerkstätten durchgeführt wird.

Sie erinnert an, den Welt-Aids-Tag am 01.12.2011 und weist darauf hin, dass die Potsdamer Aids-Hilfe alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung mit der Bitte, bei der Verteilung der Schleifen zu unterstützen, angeschrieben hat. Außerdem tagt am 01.12.2011 das Behindertenforum. Auch hieran sollten Vertreter der Fraktionen teilnehmen.

Abschließend schlägt Frau Schulze vor, die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 13.12.2011 ausfallen zu lassen, wenn keine akuten Probleme anliegen.

Herr Cornelius spricht das Straßenfest für Menschen mit Behinderung an. Er macht deutlich, dass die AG Innenstadt Veranstaltungen in der Innenstadt fördern möchte und bietet Herrn Schmarje zukünftige Förderung des Straßenfestes an.

**Jana Schulze**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**